F8 Haushalt für alle! – SPD muss auf Nachbesserungen drängen

Antragsteller*in: Jusos Thüringen

Tagesordnungspunkt: 8 Antragsberatung und Beschlussfassung

Antragstext

3

6

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

2324

25

2627

28

29 30 Haushaltsverhandlungen bedeuten, dass tausende und sogar Millionen von Euro von einem Haushaltsposten zum anderen geschoben werden. Was sich an vielen Stellen sehr trocken anhört, ist die weitreichendste politische Entscheidung, die der Thüringer Landtag in diesem Jahr treffen wird. Denn der Ausgang der Verhandlungen für den Doppelhaushalt für die Jahre 2026 und 2027 hat konkrete Folgen weit über diese zwei Jahre hinaus. Er gibt die politische Richtung der Brombeer-Koalition in den kommenden Jahren vor und offenbart die politischen Prioritäten. Als Jusos können wir uns nicht darauf ausruhen, Kürzungen zu verhindern. Bei steigender Inflation und Tarifanpassung bedeutet die fehlende Erhöhung von Haushaltsmitteln in einem bestimmten Bereich insbesondere bei der Förderung von Personalkosten wie im Jugend- und Sozialbereich in Wirklichkeit eine Kürzung der realen Leistungen und Mittel. Die geplante sogenannte "globale Minderausgabe" entfaltet zudem eine verheerende Wirkung: 210 Millionen Euro sollen am Jahresende im Haushalt eingespart werden, aber der Haushaltsgesetzgeber sagt nicht wo. Das ist nicht nur unseriös und politisch feige, es bedeutet auch eine erhebliche Unsicherheit für Fördermittel. Ob diese tatsächlich durch das jeweilige Ministerium bewilligt werden oder nicht, ist dann trotz Beschluss des Haushalts weiter unklar. Die notwendige Planungssicherheit für Vereine und Verbände sieht anders aus!

Geld in die Kommunen, aber richtig!

Wir lehnen in der derzeitigen Form das geplante kreditfinanzierte Investitionsprogramm über 1 Mrd. Euro das Kommunal-Invest-Programm für alle Thüringer Gemeinden ab. Teilweise reden wir hier für Klein- und Kleinstgemeinden von maximal 20 Tsd. Euro. Damit wird praktisch keine Investition in die Zukunft möglich sein, hier wird Geld eher verbrannt. Mit solch kleinen Beträgen lassen sich vor Ort keine sinnvollen Projekte realisieren. Es handelt sich lediglich um Symbolpolitik. Hier wäre es sinnvoller, über einen Fonds umfassende Zukunftsprojekte zu finanzieren. Stattdessen wird das Geld so kleinteilig aufgeteilt, dass zwar jeder etwas vom Kuchen abbekommt, aber trotzdem niemand satt wird. Dafür sind die Stücke schlichtweg zu klein.

Wir Jusos Thüringen halten diese Entscheidung für verfehlte Haushaltspolitik. Nicht, weil wir nicht jeder Gemeinde mehr finanzielle Spielräume gönnen und wünschen, sondern weil es sich hierbei nicht um eine zielgerichtete, nachhaltige und damit sinnvolle Aufnahme von Schulden handelt. Wenn diese Entscheidung durch den Thüringer Landtag getroffen wird, wird dies die finanziellen Möglichkeiten der Landesregierung in den kommenden Jahrzehnten massiv einschränken und unter anderem die Debatten über Kürzungen im sozialen Bereich weiter anheizen. Als SPD Thüringen begrüßen wir grundsätzlich Investitionen und insbesondere auch die Aufnahme von dafür benötigten Schulden, um die notwendigen, zielgerichteten und sinnvollen Maßnahmen umsetzen zu können. Diese durch die Landesregierung im Haushaltsentwurf veranschlagte Aufteilung der Investitionsmittel und die dafür benötigte Verwendung von Mitteln halten wir für unseriös und lehnen sie daher ab.

Keine Kürzungen bei Präventions- und Beratungsarbeit!

"Ein Haushalt, der in die Zukunft investiert" - damit bewirbt Mario Voigt den aktuellen Haushaltsentwurf. In der Zukunft, in der Mario Voigt lebt, scheinen Förderprojekte zur Erhöhung der gesellschaftlichen Akzeptanz von LSBTIQ* und Antidiskriminierungsarbeit keinen besonderen Stellenwert mehr zu haben. So sieht der Entwurf in diesen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen - von einem sowieso schon nicht ausreichenden Niveau - immense Kürzungen von 180.000 Euro in 2026 und weitere Kürzungen vor. Damit stehen wichtige Projekte vor ihrem finanziellen Ende, Aufklärungs- und Bildungsarbeit werden verhindert, Schutzräume geschwächt und Beratungsstrukturen, wie etwa elly, die Beratungsstelle gegen HateSpeech, der eine Kürzung um 85.000 Euro droht, destabilisiert und die gesellschaftliche Vielfalt zum haushaltspolitischen Spielball gemacht.

Die Brombeer-Regierung sendet unterschiedliche politische Signale, so auch an dieser Stelle. So sollen die Mittel für elly 2027 wieder um 76 Tsd. Euro ansteigen. Damit liegt man noch nicht wieder beim derzeitigen Stand. Eine politische Lenkungswirkung lässt sich durch dieses Kürzen und dann wieder Erhöhen des Budgets unserer Meinung nach nicht erkennen, vielmehr wirken die Zahlen gewürfelt.

Wir fordern, dass die Mittel für die Beratungsstelle elly im Doppelhaushalt auf dem derzeitigen Stand inklusive Inflationsbereinigung gesetzt werden. Solange politische Entscheidungsträger es nicht schaffen, wirksame Regelungen zur Verhinderung von Hatespeech im Netz zu implementieren, ist es unsere Aufgabe, die Betroffenen zumindest zu unterstützen. Dafür sind ausreichend finanzielle Mittel unerlässlich. Es kann nicht sein, dass eine Schutzpflicht weggespart wird!

Wir sagen deutlich: An diesen wichtigen Unterstützungsstrukturen darf nicht gekürzt werden. Förderung von zivilgesellschaftlicher Vielfalt und Engagement

darf nicht eingestellt werden. Es wäre ein fatales Signal. Für uns als Partei ist klar: Demokratie ist kein Luxus, sondern öffentliche Daseinsvorsorge für eine freie Gesellschaft. Deswegen fordern wir die Rücknahme der Kürzungen und die Verstetigung auf das Niveau des Vorjahres zuzüglich eines angemessenen Inflationsausgleichs, damit Beratungsangebote, Koordinierungsstellen und die demokratiefördernde Infrastruktur zuverlässig arbeiten können.

Gegen das Zwei-Klassen-Bildungssystem!

77

93

108

- Die Landesregierung kümmert sich jedenfalls laut der Haushaltszahlen lieber 78 um Privatschulen als um die öffentlichen Schulen, für die sie direkte 79 80 Verantwortlichkeiten trägt. Es kann nicht sein, dass die Schulen in freier Trägerschaft jedes Jahr mit dreistelligen Millionenbeträgen vom Land bezuschusst 81 82 werden, während dringend benötigte Investitionen in den öffentlichen Schulen auf 83 sich warten lassen. Darüber hinaus plant die Landesregierung eine weitere Erhöhung der Zuschüsse um 26 Mio. Euro im kommenden Jahr und weitere 9 Mio. Euro 84 85 in 2027. Hier werden weitere Anreize für ein Zwei-Klassen-Bildungssystem 86 geschaffen, welches wir grundsätzlich ablehnen. Freie Schulen dürfen nicht 87 besser gestellt werden als öffentliche Schulen. Steuergelder müssen für mehr 88 Investitionen in die beste öffentliche Bildung eingesetzt werden. Wir erwarten 89 hier eine deutliche Korrektur durch die SPD-Fraktion in den kommenden 90 Haushaltsverhandlungen.
- Stattdessen braucht es Mittel für die Schaffung und Ausfinanzierung eines Kindergartentransformationsfonds.

Keine Kürzungen bei Arbeit und Jugend!

- Außerdem wird das Landesprogramm "Arbeit für Thüringen" um 3 Mio. Euro, also nahezu 30 % eingekürzt. Das halten wir bei einer schwierigen Arbeitsmarktsituation für schlichtweg unverantwortlich. Wir erwarten, dass die SPD hier ihrer Selbstbeschreibung als Partei der Arbeit gerecht wird und sich mindestens für einen Erhalt der Finanzmittel in der jetzigen Höhe einsetzt.
- Wir erwarten außerdem echte finanzielle Unterstützung zum Erhalt von Strukturen im ländlichen Raum und die finanzielle Unterstützung von jungen Menschen. Wir nehmen es nicht mehr länger hin, dass Jungsein und sich in der Ausbildung befinden ein Armutsrisiko ist. Deswegen müssen jetzt die finanziellen Mittel eingestellt werden, um unter Beteiligung der Betriebe ein Azubi-Ticket für Thüringen einzuführen.
- In Thüringen ist die Zahl der jungen Menschen ohne Schulabschluss besonders hoch. Die CDU sagt immer wieder, dass sie hier Verbesserungen erzielen will. Eine Maßnahme dafür wäre, die Schulsozialarbeit in Thüringen zu stärken. Der

- vorgelegte Haushalt sieht hier jedoch sogar eine Kürzung vor. Hierbei handelt es 109 sich zwar praktisch "nur" um eine Kürzung um 400 Tsd. Euro, wenn man jedoch die 110 regulären Lohnsteigerungen berücksichtigt, ist diese Kürzung für die nächsten 111 zwei Jahre ziemlich dramatisch. Vor allem, da alle Studien und auch in allen 112 politischen Sonntagsreden immer darauf hingewiesen wird, wie wichtig 113 Schulsozialarbeit ist. Besonders vor dem Hintergrund, dass es bisher 114 Schulsozialarbeit nur für jede zweite Schule in Thüringen gibt, braucht es mehr 115 Geld des Landes zum Ausbau der Schulsozialarbeit.
- Darüber hinaus fordern wir die Schaffung neuer Stellen im Thüringer 116 Studierendenwerk, um die derzeitigen jahrelangen Wartezeiten auf die Bewilligung 117 oder Ablehnung eines Bafög-Bescheids zu beenden. Wir fordern die SPD-Fraktion 118 auf, sich dafür vehement einzusetzen. 119

Abschiebehaft - ein Prestigeprojekt ohne Nutzen

Die Brombeerregierung hat sich die Einrichtung einer eigenen 121 Abschiebehaftanstalt zu ihrem zweifelhaften Prestigeprojekt gemacht. Als SPD 122 lehnen wir Abschiebehafteinrichtungen grundsätzlich ab. Dazu kommt, dass 123 angesichts des rückläufigen und sowieso schon bundesweit verhältnismäßig 124 125 geringen Migrationsaufkommens die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung 126 insgesamt in Frage steht. Doch nun werden 1,8 Mio. Euro jährlich für diese Einrichtung verschwendet, anstatt - wie es die vorangegangenen Landesregierungen 127 128 getan haben - für deutlich weniger Geld Plätze in anderen Bundesländern 129 anzumieten. Es handelt sich hierbei ausschließlich um populistische 130 Schaufensterpolitik, die keinen Mehrwert bietet.

Ankerzentren statt Integration

120

131

132

135

137 138

140

142

145

Neben der Schaffung einer Abschiebehaftanstalt hat die Brombeer-Regierung es sich zur Aufgabe gemacht, die Thüringer Erstaufnahmeeinrichtungen zu faktischen 133 134 Ankerzentren auszubauen. Dies kostet uns im nächsten Jahr 10 Mio. Euro und 2027 sogar 20 Mio. Euro. Zusätzlich dazu fallen für die Bewirtschaftung und Anmietung 136 dieser neuen Gebäude über 100 Mio. Euro für die nächsten zehn Jahre an. Das ist nicht weniger als aberwitzig, da sich zum Beispiel die derzeitige Einrichtung in Eisenberg in Landesbesitz befindet und erst im Jahr 2024 4,8 Mio. Euro für eine 139 Erweiterung ausgegeben wurden. Damit das menschenfeindliche Asylsystem ausgebaut werden kann, fehlen die Gelder, um in Projekte zu investieren, die ein gutes 141 Ankommen für Geflüchtete in Thüringen und eine nachhaltige Integration ermöglichen. Deshalb plant die Landesregierung Kürzungen in der Sozialberatung 143 und bei Integrationsprojekten in Höhe von sechs Mio. Euro. Damit verkennt die 144 Brombeer-Koalition die Notwendigkeit von Integration in den Freistaat, die sich vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der immer weniger werdenden 146 Bevölkerung in Thüringen weiter verschärft. Es braucht junge Menschen in Thüringen, und Migration ist dafür ein Mittel. Wenn die Landesregierung ihren

- 148 Kurs aber beibehält, dann sieht die Zukunft des Freistaats wortwörtlich alt aus.
- Gleichzeitig setzt die Brombeere somit ohne Not AfD-Politik um und liefert den
- Faschist:innen Auftrieb. Dabei war es doch einst einmal das Ziel und Zweck der
- Regierung, eine Koalition zu bilden, um die AfD von den Hebeln der Macht
- fernzuhalten. Dieser Aufgabe muss die Koalition nachkommen, ansonsten stellt
- sich die Frage nach der Grundlage der Regierung.
- Wir fordern insbesondere die SPD-Landtagsfraktion und die Minister:innen der SPD
- in der Landesregierung dazu auf, sich gegen diese Pläne auszusprechen.

SPD muss rote Linien ziehen!

156

- Dieser Haushaltsentwurf enthält viele Punkte, die die SPD Thüringen nicht
- mittragen kann und darf. Gleichzeitig fehlt die deutliche Spur eines
- sozialdemokratischen Stempels in diesem Haushalt. Die mit dem Doppelhaushalt
- vorgezeichnete politische Schlagrichtung und die offenbarten
- Schwerpunktsetzungen lehnen wir als SPD Thüringen ab und erwarten von der SPD-
- Fraktion deutliche Nachbesserungen. Wir sind uns der Schwierigkeiten der
- Kompromissfindung in Haushaltsverhandlungen, insbesondere mit diesen beiden
- Koalitionspartnern, bewusst. Dennoch appellieren wir an die SPD-Fraktion im
- Landtag, sich gemeinsam mit der Fraktion der Linken als einziger demokratischer
- Oppositionsfraktion im Thüringer Landtag für die Stärkung sozialpolitischer und
- gemeinwohlorientierter Projekte einzusetzen. Es darf kein weiteres Geld für
- sinnlose populistische Prestigeprojekte geben! Das Geld muss dort ausgegeben
- werden, wo es wirklich gebraucht wird: für Projekte, die das Leben der
- Thüringer:innen tatsächlich verbessern.
- Wir fordern die SPD-Fraktion dazu auf, auf die Linke zuzugehen und gemeinsam für
- einen Haushalt mit deutlicher sozialer Handschrift zu kämpfen. Nicht nur, weil
- das gebraucht wird, sondern auch, weil nur das der Weg sein kann, um
- sicherzustellen, dass der Haushalt die benötigte Mehrheit unter den
- demokratischen Fraktionen im Landtag findet. Eine Verabschiedung des Haushalts
- mit den Stimmen der faschistischen AfD darf es nicht geben das einzuhalten,
- muss zu jedem Zeitpunkt sichergestellt werden. Sollte es doch dazu kommen, muss
- das zur Konsequenz haben, dass die SPD die Koalition unverzüglich verlässt.